

Die erste Tel Aviver Antikriegsdemonstration zeigt die Grenzen des Protests im heutigen Staat Israel

Die erste Anti-Kriegs-Demonstration in Tel Aviv seit dem 7. Oktober bot einen wichtigen Einblick in den derzeitigen Zustand der Protestbewegung im Staat Israel und in die Art und Weise, wie die Regierung versuchen wird, sie zu unterdrücken.

Yoav Haifawi, mondoweiss.net, 18.11.23

Seit 7. Oktober hat die israelische Polizei die Diktatur from the river to the sea durchgesetzt. Dazu gehört, dass sie jeden Antikriegsprotest innerhalb der *Grünen Linie* verhindert und die Gefängnisse mit Häftlingen der „freien Meinungsäußerung“ füllt. Heute, am 18. November, fand nach einem Monat und 11 Tagen massiven Blutvergießens die erste Antikriegsdemonstration in Tel Aviv statt.

Im heutigen Staat Israel kann jede Position, die darauf hindeutet, dass der Kampf gegen die Besatzung legitim ist, mit Gefängnis bestraft werden.

Gerichtsurteil erlaubt Demonstration

Die *Hadash* („Demokratische Front für Frieden und Gleichheit“, organisiert im Umfeld der *Kommu-nistischen Partei Israels*) beantragte eine Genehmigung für eine Demonstration in Tel Aviv gegen den Krieg und für einen Gefangenenaustausch. Ihr erster Antrag wurde von der Polizei abgelehnt, die vorschlug, stattdessen eine Versammlung in einem geschlossenen Raum abzuhalten. Daraufhin wandte sich *Hadash* mit Hilfe von *ACRI* (*Association for Civil Rights in Israel*) an den *Bagatz* (hebräi-sches Kürzel für „Oberster Gerichtshof“), der die Polizei schließlich dazu zwang, die Demonstration zuzulassen.

Ich habe mich vor allem deshalb an der Demonstration beteiligt, weil ich mich verpflichtet fühlte, die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und nach einem Austausch von Gefangenen „alle für alle“ zu unterstützen. Aber ich wollte auch beurteilen, was diese Demonstration uns über die aktuelle Politik des repressiven israelischen Regimes und über die Protestbewegung lehrt.

Wie ich bereits berichtet habe, lehnte derselbe *Bagatz* unter dem Vorsitz desselben Richters, Yitzhak Amit, einen früheren Antrag von *Hadash* für eine Veranstaltung von Antikriegsdemonstrationen in Sakhnin und Umm al-Fahm ab. In ihrem neuen Antrag um eine Genehmigung erklärten die Antragsteller die Unterschiede zwischen der früheren Demonstration, die abgelehnt wurde, und diesem neuen Antrag: „Sakhnin und Umm al-Fahm sind nicht das Zentrum von Tel Aviv, eine Demonstration gegen den Krieg in Gaza ist keine Demonstration, die zur Rückkehr der Gefangenen aufruft, die Bezirke Nord und Strand sind nicht der Bezirk Tel Aviv, und der dortige Antrag wurde wegen der

besonderen Umstände abgelehnt... das Urteil in diesem Fall stärkt die Pflicht der Polizei, die Veranstaltung der Demonstration in unserem Fall zu ermöglichen, wegen des deutlichen Unterschieds zwischen den Fällen.“

Auf der Website von *ACRI* kann man das Protokoll der Beratungen im *Bagatz* auf Hebräisch lesen. Ich muss sagen, dass ich über die Details der Diskussion erstaunt war und wie viel sie über das politische Zusammenspiel verrät.

Richter Amit selbst fragte die Polizei: „Gab es bis jetzt irgendeine große Demonstration von dieser Seite?“ Der Kommandeur der Tel Aviver Polizei, Peretz Amar, antwortete: „Nein, sie haben sich gut benommen, sie haben nicht einmal eine gefordert.“

Dann erklärte Richter Amit: „Sie behaupten, sie haben ein gutes Gefühl, und die Polizei sollte sich mehr bemühen. Diese Seite der politischen Landkarte war noch nicht an der Reihe. Weil wir die Demonstration in Sakhnin verboten haben, haben wir von deren Personalmangel gehört, usw. Deshalb müssen wir dieser Seite das Gefühl geben, dass sie nicht benachteiligt ist.“

Später in der Diskussion, als die Organisatoren an den polizeilichen Restriktionen fast verzweifelten und vorschlugen, die Demonstration auf die nächste Woche zu verschieben, betonte Richter Amit seinen Standpunkt: „Es ist sehr wichtig, dass die Demonstration stattfindet, damit wir die Vorwürfe aus dem Weg räumen, dass wir dem arabischen Sektor nicht erlauben zu demonstrieren und dieser Seite der politischen Landkarte.“

Unter dem Druck des Gerichts einigten sich die Organisatoren und die Polizei schließlich auf den Ort der Demonstration, einen öffentlichen Park zwischen Yaffa (Jaffa) und Tel Aviv, und darauf, die Zahl der Teilnehmer auf siebenhundert zu begrenzen. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Entschädigung für das Schweigen von zwei Millionen Arabern mit der Erlaubnis einer gezähmten Demonstration in einer Ecke von Tel Aviv wirklich sinnbildlich für den „jüdischen und demokratischen“ Staat ist.

Polizei begrenzt Protestbotschaft

Als wir am Ort der Demonstration ankamen, war der vorgesehene Teil des Parks mit Polizeigittern abgesperrt. Es gab nur eine kleine Öffnung, und jeder, der eintreten wollte, wurde von der Polizei kontrolliert.

Der Bericht von Local Call über die Demonstration trug die Überschrift „Auf einer Anti-Kriegs-Demonstration verbot die Polizei das Zeigen von Anti-Kriegs-Zeichen“. Sie berichteten weiter, welche Transparente von der Polizei abgelehnt wurden: „Massaker rechtfertigt keine Massaker“, „Politische Lösung“, „Bibi sollte eingesperrt werden“, „Nein zur Apartheid“, „Essen statt Bomben“ und „Gebt die Gefangenen zurück, stoppt die Rache“. Sie versuchten auch, Menschen mit T-Shirts mit der Aufschrift „Der Besatzung in die Augen sehen“ (ein sehr milder Ausdruck) am Einlass zu hindern, mit der Begründung, dass schon die Verwendung des Wortes „Besatzung“ eine Aufwiegelung darstelle, aber

nach einem langen Streit ließen sie sie schließlich doch hinein. Ich muss zugeben, dass die polizeiliche Zensur nicht hermetisch war, ähnliche Schilder wurden später auf der Demonstration gesehen.

Nach mehr als einem Monat intensiver Unterdrückung hatte jeder Angst, die Wahrheit zu sagen. Die Organisatoren appellierten an die Teilnehmer, keine Fahnen zu hissen und keine Slogans zu verwenden, die die Polizei provozieren könnten. Das bedeutete, dass die palästinensische Flagge verboten war. Ein einziger Demonstrant mit einer israelischen Flagge und einem Schild, auf dem ein Waffenstillstand gefordert wurde, lief am Rande der Demonstration, und niemand wagte es, mit ihm zu sprechen.

Redner rufen zu Waffenstillstand und Gefangenenaustausch auf

Wenn wir in palästinensischen Städten und Dörfern und arabischen Vierteln in gemischten Städten sicher demonstrieren könnten, würden Zehntausende aus Solidarität mit den Menschen in Gaza auf die Straße gehen. Doch die Polizei terrorisiert die arabische Bevölkerung, und viele Menschen glaubten, dass diese Demonstration in Tel Aviv angegriffen würde, obwohl sie genehmigt war. Außerdem besteht in den jüdischen Gebieten die reale Gefahr von Lynchmobs angegriffen zu werden, zumal die Ben-Gvir-Polizei Zehntausende von Waffen an die örtlichen Milizen verteilt hat. Die Miliz in Tel Aviv wird von einem rechten Rapper namens „The Shade“ angeführt, der für die Organisation von Angriffen auf Friedensdemonstrationen während früherer Kriege bekannt ist.

Es waren etwa fünfhundert mutige Demonstranten, die es wagten, sich in dem Park zu versammeln. *Haaretz*, die übrigens immer linke Proteste klein schreibt, titelte ihren Bericht mit „Dutzende demonstrierten in Tel Aviv“. Etwa 80 % der Demonstranten waren Juden. Alles wurde auf Hebräisch vorgelesen, und der Inhalt war darauf ausgerichtet, die derzeitige schreckliche Stimmung in der israelisch-jüdischen Gesellschaft herauszufordern, aber nicht zu brechen.

Die Hauptforderungen der Demonstration waren ein sofortiger Waffenstillstand und die Rückkehr aller Gefangenen, Kriegsgefangenen und Gefangenen in einem umfassenden Austauschabkommen, „alle für alle“. Dies sind die wichtigsten Forderungen in der gegenwärtigen Situation, und das machte diese Demonstration so wichtig.

Die Redner vertraten unterschiedliche Positionen, aber keiner von ihnen setzte sich mit der aktuellen Situation des täglichen Völkermords auseinander. Die meisten Redner versuchten, einen künstlichen „Ausgleich“ und Parallelismus zwischen der Besatzung und den Besetzten herzustellen, indem sie das Leid auf beiden Seiten betonten und dazu aufriefen, die Zivilbevölkerung aus der Gefahrenzone herauszuhalten. Ich mache ihnen keinen Vorwurf. Im heutigen Staat Israel kann jede Position, die darauf hindeutet, dass der Kampf gegen die Besatzung legitim ist, mit Gefängnis bestraft werden.

Positiv zu vermerken ist, dass sich der politische Diskurs kontinuierlich verändert. Viele Redner, Araber und Juden, sprachen über die Tatsache, dass Millionen von Arabern und Juden zwischen dem Fluss und dem Meer leben und dass die einzige Lösung darin besteht, vollständige Menschenrechte und Gleichheit für alle zu erreichen.

Viele Jahrzehnte lang sah das israelische „Friedenslager“ seine Rolle darin, als Druckmittel von der „israelischen Seite“ einen „Friedensprozess“ mit der palästinensischen Seite zu fordern. Heute ist sich fast jeder darüber im Klaren, dass es keinen Friedensprozess gibt und dass ein gemeinsamer Kampf gegen das Apartheidsystem geführt werden muss.

Obwohl die Demonstration von *Hadash* organisiert wurde, kam Sami Abu Shehadeh, der Vorsitzende der *Nationalen Demokratischen Allianz*, um daran teilzunehmen. Die Organisatoren nahmen ihn spontan in die Rednerliste auf, um der in diesen schweren Zeiten so dringend benötigten Einheit einen Schub zu geben und die schmerzhaften Spaltungen zu überwinden, die aus den Spaltungen bei den letzten Knessetwahlen resultierten.

Abu Shehadeh erwähnte zu Beginn seiner Rede, dass der Ort unserer Demonstration auf dem Land des zerstörten Dorfes Manshiya liegt; viele seiner Nachkommen sind jetzt Flüchtlinge in Gaza und werden von der israelischen Armee bombardiert.

Der letzte Redner war Mohammad Barakeh, der Leiter des Follow-up-Komitees, der vereinigten Führung der palästinensischen Bevölkerung von 1948. Er begann seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass seine Familie aus Saffuriya vertrieben wurde und die meisten von ihnen heute Flüchtlinge außerhalb Palästinas sind. Er beklagte das Leid auf beiden Seiten des Konflikts und wies darauf hin, dass mehr als hunderttausend Palästinenser vor dem 7. Oktober ihr Leben verloren haben. In dem Maße, wie die Illusion einer politischen Lösung auf staatlicher Ebene schwindet, kehren die Aussagen zu den Grundlagen der menschlichen Existenz zurück.

Die Faschisten in der Regierung und auf den Straßen

Da ich ein unverbesserlicher Optimist bin und es im Moment nicht viele ermutigende Fakten gibt, versuche ich, die Motivation zu steigern, indem ich mich daran erinnere, dass viele Dinge vor nicht allzu langer Zeit noch schlimmer waren.

Im Jahr 2014, als der Staat Israel in Gaza Menschen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß massakrierte (was in der aktuellen „Runde“ noch weit übertroffen wurde), versuchte *Hadash*, eine arabisch-jüdische Antikriegsdemonstration im Carmel Center, einem jüdischen Viertel in Haifa, zu organisieren. Es gab eine landesweite faschistische Mobilisierung, um sie zu verhindern, und die mutigen Friedensdemonstranten wurden in alle Richtungen gejagt. Es war reines Glück, dass niemand ums Leben kam. Einige der Aktivisten, die an der heutigen Demonstration teilnahmen, sind noch immer erschrocken über diese Erfahrung. Damals habe ich in meinem Blog einen Augenzeugenbericht veröffentlicht.

Jetzt ist der faschistische Mob in der Regierung und in den Medien, aber sie haben uns nicht mit der gleichen Zahl und der gleichen Heftigkeit angegriffen. Es waren vielleicht ein- bis zweihundert Faschisten, die um uns herum demonstrierten, sie wurden zumeist von der Polizei auf Abstand gehalten. Als wir uns schließlich auflösten und durch einen sicheren Durchgang nach Norden gehen sollten, verschwand die Polizei und erlaubte den Faschisten, von denen viele bewaffnet waren, die Demonstranten zu schikanieren und zu beschimpfen. Sie konzentrierten sich besonders auf

Mohammad Barakeh und blockierten sein Auto, um ihn am Wegfahren zu hindern. Doch schließlich griff die Polizei ein und ließ ihn gehen.

Yoav Haifawi ist ein antizionistischer Aktivist und unterhält die Blogs Free Haifa und Free Haifa Extra.

Quelle: <https://mondoweiss.net/2023/11/first-tel-aviv-anti-war-demonstration-reveals-the-limits-on-protest-in-todays-israel/>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de